
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 06.11.2006

Freiherr-vom-Stein-Saal I (Raum C.001)

Beginn 16:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Ursula Lindstedt
Hildegard Rüwald
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Claudia Gebhard
Leo Klempert

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Doris Holtmeier
Rita Schröder

Von der Verwaltung:

Gäste und Zuhörer/innen:

Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III
Herr Sparbrod, L FB 50
Frau Grewe, FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Schmücker, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna
Herr Diekmännken, ARGE Kreis Unna
Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Herr Mork, Geschäftsführer Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Kestermann, Verbraucherzentrale NRW
Frau Gülzow, Verbraucherzentrale NRW

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest. Nach eingehender Diskussion wird der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als Ergänzungsantrag zu Punkt 4 in die Tagesordnung aufgenommen. Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Bericht der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen über die Verbraucherberatung im Kreis Unna (mündlicher Bericht)

Punkt 2

175/06

Verlängerung der Vereinbarung über die Förderung und Finanzierung der psychosozialen Beratung, Begleitung und Betreuung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen im Kreis Unna (PSB)

Punkt 3

163/06

Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlicher Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger des Sozialpädiatrischen Zentrums (SPZ) zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung

Punkt 4

161/06

Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Punkt 5

168/06

Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Budget 50 -Arbeit und Soziales
-Dringlichkeitsbeschluss -

Punkt 6

170/06

Durchführung des SGB II und XII;
Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunft- und Heizkosten sowie zur Gewährung von Leistungen der Grundsicherung nach dem IV. Kapitel SGB XII

Punkt 7

162/06

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2006

Punkt 8

Informationen der ARGE über die Umsetzung des SGB II
(mündlicher Bericht der Geschäftsführung)

Punkt 9

Bericht aus der Kreispflegekonferenz

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Bericht der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen über die Verbraucherberatung im Kreis Unna
(mündlicher Bericht)

Frau Kestermann, Regionalleiterin der Verbraucherzentrale NRW, und Frau Gülzow, Leiterin der Verbraucherzentrale Lünen, berichten umfassend über die Arbeit der Verbraucherzentralen und deren Beratungsangebote. Die Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Punkt 2

175/06

Verlängerung der Vereinbarung über die Förderung und Finanzierung der psychosozialen Beratung, Begleitung und Betreuung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen im Kreis Unna (PSB)

Erörterung:

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Sitzungsvorlage Nr.175/06. Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass die Vereinbarung, anders als im Beschlussvorschlag aufgeführt, bis zum 30.06.2010 verlängert werden solle. Dadurch werde gewährleistet, dass der im Herbst 2009 neu zu wählende Kreistag ausreichend Zeit erhalte, um über eine Fortsetzung zu befinden.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

„Der Kreistag beschließt die Verlängerung der Vereinbarung über die Förderung und Finanzierung der psychosozialen Beratung, Begleitung und Betreuung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen im Kreis Unna (PSB) bis zum 30.06.2010.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

163/06

Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlicher Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger des Sozialpädiatrischen Zentrums (SPZ) zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung

Erörterung:

Die Sitzungsvorlage Nr.163/06 wird von Herrn Sparbrod erläutert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

„Die Laufzeit der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlicher Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger des Sozialpädiatrischen Zentrums zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung vom 11.05.2000 wird um ein weitere Jahr bis zum 31.12.2006 verlängert.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

161/06

Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Erörterung:

Herr Gregarek erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN.

Frau Giedinghagen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man die Ansicht vertrete, dass die Begründung des Antrages nicht korrekt sei. Der spezielle Bereich der »Opfer sexuellen Missbrauchs« sei auch Bestandteil der Verträge mit den beiden anderen Partnern (Kinderschutzbund und Frauenforum).

Herr Gregarek weist für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN darauf hin, dass es durchaus auch Fälle gebe, die von den vorgenannten Vereinen und von anderen Organisationen an den Verein »Wildwasser e.V.« weitergeleitet worden seien. Die im vorhandenen 3-Säulen-Modell bestehende Aufteilung habe sich als sinnvoll erwiesen.

Frau Zubrytzki erklärt für die SPD-Fraktion, dass man versuche, eine Alternative für »Wildwasser e.V.« zu finden und man optimistisch sei, diesbezüglich auch eine Lösung zu erhalten. Konkret seien bislang Gespräche mit dem Frauenforum geführt worden. Es gebe jedoch derzeit noch keine Beschlusslage. Für die SPD-Fraktion stehe es im Vordergrund, Synergieeffekte in finanzieller und fachlicher Hinsicht zu erhalten und zu nutzen. Als optimale Lösung stelle man sich vor, Hilfe und Beratung unter einem Dach anbieten zu können. Hinsichtlich der vorliegenden Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Frauenforum sei man der Ansicht, dass diese Vereinbarung abgeschlossen werden könne. Alles was danach komme, so Frau Zubrytzki weiter, sei bisher noch nicht in den Beschluss gefasst und könne entsprechend ergänzt werden.

Frau Giedinghagen teilt mit, dass man bei der bisherigen Einstellung bleibe und weist auf die Vorschläge aus der Haushaltsdiskussion hin, wonach ein 2-Säulen-Modell seitens der CDU-Fraktion bevorzugt werde. Hierdurch könne eine effektivere und kostengünstigere Arbeitsweise ermöglicht werden.

Herr Gregarek stellt fest, dass Einsparungen bei dem hier betroffenen Klientenkreis wohl das falsche Signal seien.

Frau Schaumann erklärt hierzu, dass wohl keiner diesem Klientel Mittel vorenthalten wolle. Es gehe lediglich darum, Positiveffekte zu nutzen und dadurch Kosten einzusparen. Grundsätzlich bevorzuge man auch seitens der FDP-Fraktion ein 2-Säulen-Modell.

Herr Nadolski-Voigt äußert sich kritisch zur laufenden Diskussion. Sicherlich könne man die Aufgaben auch auf einen Träger übertragen, wenn denn notwendige Strukturen vorhanden seien, um effektiv arbeiten zu können. Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN hätte sich gewünscht, so Herr Nadolski-Voigt weiter, wenn im Vorfeld transparenter und offener über diese Sache diskutiert worden wäre.

Herr Ganzke erwidert darauf, dass man sich seitens der SPD-Fraktion durchaus intensive Gedanken gemacht habe und verweist dabei auch auf Haushaltsdiskussionen der vergangenen Jahre. Insbesondere bei den Haushaltsgesprächen 2006 sei von der SPD-Fraktion klar dargestellt worden, dass man sich andere Strukturen wünsche. Welche Modellmöglichkeit letztlich zum Tragen komme, so Herr Ganzke, bleibe jedoch abzuwarten.

Frau Warminski-Leitheußer stellt kurz klar, dass die Vereinbarung mit dem Frauenforum ebenfalls bis zum 30.06.2010 befristet werden solle und verweist diesbezüglich auf die Ausführungen zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie darauf, die Vorlage Nr. 161/06 zur weiteren Behandlung an den Kreisausschuss zu verweisen.

Die Ausschusssitzung wurde im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4 von 17.35 – 17.50 Uhr unterbrochen.

Punkt 5

168/06

Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Budget 50 -Arbeit und Soziales
-Dringlichkeitsbeschluss -

Erörterung:

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Sitzungsvorlage Nr. 168/06 und weist diesbezüglich auch auf den Budgetbericht (vgl. Sitzungsvorlage Nr. 167/06) hin.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

„Den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Budget 50 – Arbeit und Soziales –

in Höhe von insgesamt 4.952.040 €

wird gemäß § 82 GO NW i.V.m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und § 7 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2006 zugestimmt.“

Davon können durch Mehreinnahmen und Minderausgaben

innerhalb des Budgets gedeckt werden: 2.476.697 €

ohne Deckungsvorschlag: 2.475.343 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

170/06

Durchführung des SGB II und XII;

Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunft- und Heizkosten sowie zur Gewährung von Leistungen der Grundsicherung nach dem IV. Kapitel SGB XII

Erörterung:

Die Sitzungsvorlage Nr. 170/06 wird von Frau Warminski-Leitheußer kurz vorgestellt.

Zur Information der Ausschussmitglieder teilt sie mit, dass es im Jahr 2005 insgesamt 2813 Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten gegeben habe, wovon es in 488 Fällen zu einem tatsächlichen Umzug gekommen sei. Für das laufende Jahr seien bislang 537 Aufforderungen erteilt worden; die Zahl der Umzüge betrage 125.

Herr Sparbrod beantwortet anschließend die Fragen einiger Ausschussmitglieder. Es wird vereinbart, dass dieser Niederschrift ein Musterschreiben der ARGE über die Senkung der Unterkunftskosten als Anlage (Anlage 2) beigefügt wird.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag stimmt den Richtlinien über die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem IV. Kapitel des SGB XII, den Richtlinien zu den angemessenen Heizkosten sowie den Änderungen der Richtlinien zu den angemessenen Unterkunftskosten im Rahmen des SGB II und XII zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle wie auch inhaltliche Änderungen der vorgenannten Richtlinien ohne erneute Beschlussfassung durch die Gremien vorzunehmen, soweit diese keine erheblichen finanziellen Auswirkungen begründen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Punkt 7

162/06

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2006

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

»Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna werden aus Haushaltsmitteln des Jahres 2006 Zuschüsse für die Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in folgender Höhe bewilligt:

Arbeiterwohlfahrt	30.677 €
Caritasverband	30.677 €
Diakonisches Werk	30.677 €
Deutsches Rotes Kreuz	30.677 €
<u>Der Paritätische, Kreisgruppe Unna</u>	<u>30.677 €</u>
Insgesamt	153.385 €

Weitere 1.535 € erhält das Diakonische Werk des Ev. Kirchenkreises Unna als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna z.Z. tätige Sprecherverband.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den gemeinsamen Verwendungsnachweis der Arbeitsgemeinschaft für das Jahr 2005 zu Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

Informationen der ARGE über die Umsetzung des SGB II
(mündlicher Bericht der Geschäftsführung)

Erörterung:

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Nadolski-Voigt berichtet Herr Ringelsiep für die ARGE über die Umsetzung des SGB II. Herr Ringelsiep teilt mit, dass der Kreistagsbeschluss umgesetzt worden sei und in den 10 Städten und Gemeinden des Kreises ein Jobcenter eingerichtet wurde. Zudem seien bislang bereits Dienstleistungsüberlassungsverträge mit den Kommunen Kamen, Bönen, Unna und Holzwickede abgeschlossen worden. Zwischenzeitlich habe es zudem Gespräche mit den Städten Lünen und Schwerte gegeben, wobei hier noch keine Ergebnisse festgehalten werden konnten. Die Liegenschaftsangelegenheiten seien zudem in den Planungen und teilweise in der Ausführung weit fortgeschritten.

Herr Ringelsiep stellt weiter die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vor. Wie im gesamten Bundesgebiet, so seien auch die Arbeitslosenzahlen im Kreis Unna rückläufig.

Hinsichtlich der Bedarfsgemeinschaften sei zum ersten Mal seit der Erhebung ein Bestand von unter 20.000 zu verzeichnen.

Negativ festzuhalten sei jedoch, dass trotz der Positiveffekte auf dem Arbeitsmarkt erstmalig der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rückläufig sei. Ob es sich dabei um einen Einmaleffekt handelt, bleibe abzuwarten.

Herr Ringelsiep stellt abschließend die aktuelle Situation über die ESF-Förderung dar und erläutert ein vorab an die Ausschussmitglieder verteiltes Arbeitspapier.

Das zuständige Landesministerium habe vor einigen Wochen einen Bewilligungsstopp ausgesprochen. Derzeit sei nicht klar, wie es diesbezüglich weiter gehen werde, da Informationen trotz regelmäßiger Anfragen nicht zu erhalten seien. Für Arbeitsmarktprojekte auf Kreisebene habe der Bewilligungsstopp zur Folge, dass manche Projekte nicht mehr gefördert werden können.

Nach kurzer Diskussion und der Beantwortung von Fragen durch Herrn Ringelsiep spricht sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie einstimmig dafür aus, dass sich Herr Landrat Makiolla mit Herrn

Minister Laumann in Verbindung setzen möge, um diesen um Übermittlung aktueller Informationen zur ESF-Förderung zu bitten.

Punkt 9

Bericht aus der Kreispflegekonferenz

Erörterung:

Herr Zakel berichtet, dass im Oktober 2006 eine Sitzung der Kreissenorenkonferenz stattgefunden habe. Im Rahmen der Konferenz seien die aktuellen Begutachtungsrichtlinien des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) von Herrn Dr. Albers vorgestellt worden. Demnach werde zukünftig im Rahmen der Pflegebegutachtungen wohl auch vermehrt auf demenzielle, gereontopsychiatrische Aspekte einer Erkrankung eingegangen werden können.

Weiter habe man sich in der Konferenz noch einmal ausführlich die Zusammenarbeit der Komplementären Dienste im Kreis Unna darstellen lassen.

Herr Zakel teilt abschließend mit, dass im Oktober 2006 noch zwei Fachtagungen als Sondersitzungen der Kreispflegekonferenz stattgefunden haben. Hier seien insbesondere die Ergebnisse einer kreisweiten Umfrage zur «Pflegekulturellen Orientierung» vorgetragen worden. Festgehalten werden könne, dass hierbei nicht nur pflegepolitische sondern auch familienpolitische Aspekte gewonnen werden konnten.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Ausführungen von Herrn Zakel zur Kenntnis.

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Bundeszuschüsse zu den Kosten der Unterkunft

Frau Warminski-Leitheußer teilt mit, dass der Bundeszuschuss zu den Kosten der Unterkunft von bisher 29,1 Prozent auf voraussichtlich 31,8 Prozent steigen werde. Ob und inwieweit sich hieraus auch eine positive Entwicklung für den Kreishaushalt ergebe, könne man derzeit noch nicht absehen. Es gäbe diesbezüglich noch erheblichen Regelungsbedarf zwischen den Bundesländern.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Zum Abschluss der Ausschusssitzung wird vereinbart, zukünftig Zeitvorgaben für die Dauer von Berichtsvorträgen oder Präsentationen vorzugeben.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anlagen:

1. Präsentation der Verbraucherzentrale
2. Musterschreiben der ARGE zur Senkung der Unterkunftskosten

Vorsitzender
Nadolski-Voigt

Schriftführer
Vertgewall

